

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 41
Juli 2021

Roter Faden soziale Gerechtigkeit

DIE LINKE mit Wahlprogramm für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit

Mehr als 1.200 Änderungsanträge zum Bundestagswahlprogramm der LINKEN prägten den Parteitag am 19./20. Juni. Kämpferisch in der Sache, solidarisch im Ton und Umgang lief der Parteitag ab. Schließlich wurde das Programm mit breiter Mehrheit angenommen. In ihm zeigt DIE LINKE einen solidarischen Ausweg aus den vielfachen Krisen unserer Zeit, sei es Corona, die nach wie vor explodierenden Mieten in den Städten, die mit der AfD verbundene Rechtsentwicklung oder die Klimakrise.

Das Wahlprogramm ist ein klares Angebot an die Arbeiter*innen, die Mittelschicht und die Ärmsten der Gesellschaft. DIE LINKE ist nach wie vor der festen Überzeugung, dass ohne eine Stärkung der sozialen Gerechtigkeit keine dieser elementaren Krisen zu lösen ist.

Deshalb kämpft sie dafür, den Mindestlohn von 9,60 auf 13 Euro anzuheben und eine Mindestrente von 1.200 Euro einzuführen. Weil die Menschen mehr Zeit brauchen, sich zu engagieren und zu verwirklichen, soll die Regelwochenarbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich begrenzt und ein gesetzlicher Urlaubsanspruch von 36 Tagen eingeführt werden.

DIE LINKE wird dafür kämpfen, dass die Kosten der gesellschaftlichen Krisen nicht auf die Schwächsten der Gesellschaft, Geringverdiener*innen, Erwerbslose und marginalisierte Gruppen abgewälzt werden.

Diejenigen, die schon vor der Corona-Krise Millionen Euro besaßen und weiteren Reichtum angehäuft haben, sollen sich mit einer Vermögensabgabe am Weg aus der Krise beteiligen. Außerdem soll die Vermögensteuer dauerhaft wieder eingeführt werden.

Zudem bekennt sich DIE LINKE klar zum 1,5-Grad-Ziel in der Klimapolitik und will Deutschland, insbesondere Wirtschaft und Verkehr, bis 2035 klimaneu-

tral umbauen. Sie verfügt über konkrete Pläne, wie der Verlust von Industriearbeitsplätzen aufgefangen werden kann.

Maximilian Peter



Wann, wenn nicht jetzt?
Maximilian Peter, Kandidat Wahlkreis Marburg

Foto: Matthias Schülster

Mitte Mai steht Max Peter vor dem Bürgerhaus in Bauerbach. Gerade ist der Einzelhandelskaufmann aus Niederweimar zum Direktkandidaten gewählt worden. „Ich freue mich auf den Wahlkampf“, sagt der 28-jährige. Nach Monaten der Pandemie ist so etwas wie Zuversicht zurückgekehrt. Zuvor war er an vorderster Linie. Lebensmittelgeschäfte blieben offen und das Ansteckungsrisiko bei der Arbeit war immer präsent.

Doch nun sei es Zeit, nach vorne zu schauen. Die Lasten der Krise müssten gerecht verteilt werden. „Es sind Milliarden ausgegeben worden, um Versäumnisse im Gesundheitswesen aufzufangen, und Millionen Leute sind in Kurzarbeit. Trotzdem sind die reichsten Familien noch reicher geworden. Bei BMW stehen die Bänder

still und die Familie Quandt-Klaten gönnt sich eine Dividende über 400 Mio. Euro!“

Max wird energischer. Das Thema soziale Gerechtigkeit, das ihn wie die Sorge um den Rechtsruck in DIE LINKE gebracht hat, treibt ihn um. Kopfschüttelnd hält er kurz inne. „Das Finanzministerium hat ausgerechnet, dass man einen Mindestlohn von knapp 13 Euro braucht, um im Alter armutssicher leben zu können. Deshalb fordern wir die Erhöhung. Denn heute gibt es Menschen, die nach 40 Erwerbsjahren Flaschen sammeln.“

Stattdessen würden Milliarden für Aufrüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr verpulvert. „Wann, wenn nicht jetzt, wird das gestoppt und werden energische, aber sozial gerechte Maßnahmen gegen die Klimakrise ergriffen?“

Alexander Cramer

Kommentar

2G2R, 2GR oder was?

Mit der Kommunalwahl im März wurden die politischen Karten in Marburg neu gemischt. Zweimal grün und zweimal rot - 2G2R - diese fortschrittliche Option für die Stadt rückte greifbar nahe. Dennoch sind vier Monate nach der Kommunalwahl noch keine Entscheidungen gefallen.

Die Initiative lag bei den Grünen als stärkster Fraktion. Ein Marathon von Gesprächen begann, ein langer Fragebogen und ein weiteres Gespräch auf der Basis 2G2R folgten. Auch Initiativen aus der Stadtgesellschaft sprachen sich deutlich für eine Zusammenarbeit von Grünen, SPD, Marburger Linke und Klimaliste aus. Es zeigten sich viele Berührungspunkte der vier Fraktionen. Das bewährte sich bereits im Stadtparlament. 2G2R verabschiedeten wichtige Anträge zusammen, zum Beispiel für verbesserte Bedingungen im sozialen Wohnungsbau. Aber immer noch herrscht Unklarheit, ja sogar Wirrwarr.

In der Nachbarstadt Gießen haben SPD, LINKE und Grüne bereits einen Koalitionsvertrag unterzeichnet. Die Marburger Linke sieht auch für unsere Stadt die große Chance: Marburg kann eine Stadt werden, in der die soziale Spaltung abgebaut und lebenswerte Verhältnisse für alle aufgebaut werden. Dies und die Klimaneutralität bis 2030 als weitere Zukunftsaufgabe kann sinnvoll angepackt werden, wenn auch die ansässigen Großbetriebe ihren Beitrag leisten. Das wäre das Ziel. Den Weg müssten Koalitionsverhandlungen aufzeigen.

Renate Bastian

Nicht am Stadtparlament vorbei!

500.000 Euro, um die „sozialen Auswirkungen der Corona-Krise“ für Kinder, Jugendliche und Familien zu mildern, sind eine gute und begrüßenswerte Sache. Damit sollen zusätzliche Angebote von Trägern der freien Jugendhilfe, Vereinen und Verbänden finanziert werden. So steht es in der Vorlage, die das Stadtparlament in seiner letzten Sitzung lediglich als Tischvorlage „zur Kenntnis“ erhielt. Nun ist das Haushaltsrecht „das Königsrecht des Parlaments“ (Oberbürgermeister Thomas Spies), und viele Anträge der Opposition sind in der Vergangenheit mit dem stereotypen Hinweis, dass sie Kosten verursachten, für die es keinen Haushaltstitel gäbe, abgeschmettert worden. Und da ging es meist um erheblich kleinere Beträge.

Die Frage bleibt also, woher kommt die halbe Million, welche Angebote, die damit finanziert werden sollten, fanden oder finden nicht statt? Welche Träger bekommen jetzt weniger Geld? Die nebulöse Auskunft, das sei durch Umschichtungen im Fachbereichsbud-

getmöglich, ist unbefriedigend.

Nebenbei bemerkt: Beim sogenannten „Stadtgeld“ im letzten Jahr, das den Corona-geplagten Geschäften helfen sollte, war die Stadt deutlich spendabler und das Paket lag auch der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vor.

Bei der Zwischenbilanz nach den Ferien wird die Marburger Linke genau hinschauen. *Roland Böhm*

Vorsicht: Gewerbesteuer

Gewerbesteuer zahlen die Unternehmen das Jahr über, indem sie den aktuellen Gewerbeertrag schätzen. Dabei kann es vorkommen, dass sie zu wenig bezahlt haben. Steuerprüfung zeigen, dass sich unsere Pharma- und Finanzfirmen schon mal arm rechnen. Dann kann kommt es manchmal zu einer Steuernachzahlung in Millionenhöhe, wie es im Mai der Fall war. Der Oberbürgermeister warnt dann immer davor, das Geld auszugeben. Denn vieles fließt über Umlagen an Kreis und Land.

Die Marburger Linke unterbreitet seit Jahren einen Vorschlag, bei dem die Mehreinnahmen bei der Stadt bleiben und genug Geld da ist für sozialen Wohnungsbau, Radwege und kostenlose Krippen. Die Stadt soll den Gewerbesteuersatz auf deutsches Durchschnittsniveau anheben: von 400 auf 440 Punkte. Dann würde ein kleiner Anteil der märchenhaften Gewinne, die die Pharmafirmen auf Kosten der Kranken, und die Finanzbranche mit überteuerten Versicherungen erzielen, nützlichen Zwecken zugeführt. *Nico Biver*



Foto: Hannah Freudenstein

▲ **Fraktion der Marburger Linken: Stefanie Wittich (Bildungsausschuss, Haupt- und Finanzausschuss, Verkehrsausschuss), Miguel Sanchez (Sozialausschuss, Klimaausschuss), Inge Sturm (Bildungsausschuss, Verkehrsausschuss), Roland Böhm (Vorsitzender Sozialausschuss), Jan Schalauske, Tanja Bauder-Wöhr (stellv. StVV-Vorsitzende, Bauausschuss), Renate Bastian (Fraktionsvorsitz, Haupt- und Finanzausschuss, Bauausschuss, Klimaausschuss).**

Links wirkt

Für bezahlbare Mieten

Die Marburger Linke machte im Stadtparlament zwei Vorschläge.

Erstens: Baut ein Investor Wohnungen in einem neuen Gebiet, muss er von vorneherein 30 Prozent (statt bisher 20) an sozialem Wohnungsbau einplanen, wenn es sich um zehn Wohnungen und mehr handelt. Der Magistrat bekam den Auftrag, ein rechtssicheres Konzept für die Umsetzung vorzulegen.

Zweitens: Auch die Stadt muss aktiver in den Wohnungsbau eingreifen. Das geht besser, wenn sie selbst vorsorglich geeignete Flächen aufkauft und dort für bezahlbaren Wohnraum sorgt. Das heißt „Bodenbevorratung“ und wurde vom Stadtparlament im Grundsatz beschlossen. *Renate Bastian*

Tempo 30 oder 50?

Seit Jahren ist der Verkehr auf der Frankfurter Straße Thema. Ortsbeirat, BI Verkehrswende sowie Kinder- und Jugendparlament fordern schon lange Tempo 30. So wird die Anzahl und Schwere von Unfällen reduziert. Nebenbei sorgt Tempo 30 für mehr Ruhe und weniger Schadstoffe. Gerade auf einer Straße, die von vielen Kindergarten- und Schulkindern frequentiert wird, müssen Sicherheit und Luftreinheit höchste Priorität haben.

Auf Initiative der Marburger Linken wurde 2020 zwar Tempo 30 eingeführt, aber auf einem ein paar hundert Meter langen Stück ohne Straßenschäden wieder Tempo 50 festgelegt. Im Stadtparlament forderte die Marburger Linke Ende Juni Klarheit und Rechtssicherheit – und vor allem durchgängig Tempo 30. *Steffi Wittich*



Foto: Patricia Gräthling

▲ **Thomas Spies bei der Übergabe der Ernennungsurkunde zum ehrenamtlichen Stadtrat an Henning Köster. Er löste im Magistrat Nico Biver ab, der seit 2001 die Marburger Linke dort vertreten hatte.**

Termine

▶ **Antikriegstag 1. September**
17.00 Uhr: **Kranzniederlegung der LINKEN am Deserteurdenkmal, Frankfurter Straße**

▶ **Wahlkundgebung mit Janine Wissler**
Do., 9. Sept., 16.00 Uhr, vor dem **Erwin-Piscator-Haus, Biegenstr.**

▶ **Fest der LINKEN**
So., 12. Sept., ab 15.00 Uhr, vor dem **Café Rotkehlchen, Rudolf-Bultmann-Str. 2a**

Regelmäßige Termine

▶ **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Donnerstag des Monats.

▶ **Marburger Linke** erweiterte Fraktion, montags, 19.30 Uhr

▶ **DIE LINKE. Kreis AG** freitags, 15.30 Uhr

Uni zu Tode sparen?

Kürzungsprogramme machen Universität unattraktiver

Kaum deutet sich ein Ende der Corona-Subventionen an, schon werden umfangreiche Kürzungen im Bildungsbe- reich vorangetrieben. Seit Jahren hat die Marburger Universität wegen zu geringer Landesmittel ein strukturelles Defizit, das durch sinkende Studierendenzahlen verschärft wird. Durch die Uni-Leitung wurden jetzt deutliche Mittelkürzungen im Fachbereich 03 (Gesellschaftswissenschaften und Philosophie) verordnet. Absehbar werden aber auch andere Fachbereiche betroffen sein.

Das Widersprüchliche: Sollten die Kürzungen durchgesetzt werden, würde dies weniger Lehrbe-

auftragte und insgesamt ein geringeres Lehrangebot bedeuten. Doch seit Jahrzehnten kommen viele Studierende nur nach Marburg, um an dem vornehmlich linken Politikwissenschaftlichen Institut zu studieren. Die Kürzungen würden die Uni unattraktiver machen und damit zu noch geringeren Studierendenzahlen und weniger Zuweisungen des Landes führen.

Auf diese Weise ist der Finanzmiserie nicht beizukommen. Vielmehr würde es naheliegen, profilierte Abteilungen wie den Fachbereich 03 zu stärken, um sie zum Anziehungspunkt für mehr Menschen zu machen. Viele Studierende haben sich inzwischen in einer Initia-

tive zusammengeschlossen, um gegen diesen falschen Spardruck Widerstand zu leisten.

Ohne die Hilfe des Landes wird es nicht klappen, die Uni auf solidere Füße zu stellen. Dort ist man wenig an den Marburger Problemen interessiert. Vielmehr ist die Regierung dabei, ein neues Hochschulgesetz zu entwerfen, zu dem momentan Anhörungen stattfinden. Hervorzuheben ist der Plan, die autonomen Studierendenschaften (AStA, Studierendenparlament, Fachschaften) zu zwingen, ihre Haushalte bei privaten Finanzdienstleistern prüfen zu lassen. Nicht nur, dass diese oftmals keine Ahnung von den Besonderheiten der Studierendenselbstverwaltung haben, es ist auch ein offenes Subventionsprogramm für die Finanzbranche, finanziert durch die Beiträge der Studierenden.

Dorian Tigges

Grüne Welle bei Kommunalwahl

DIE LINKE verteidigt ihre Ergebnisse in Marburg und im Landkreis



Foto: Silke R.

▲ Im Kreistag konnte DIE LINKE wieder 5 Sitze erringen: Max Peter, Ingeborg Cernaj (Sozialausschuss), Anna Hofmann (Fraktionsvorsitzende, Haupt- und Finanzausschuss), Bernd Hannemann (stellvertretender Fraktionsvorsitzender) und Anja Kerstin Lercher

Das erfreulichste Ergebnis der Kommunalwahlen war hessenweit der Absturz der AfD. Herausragend waren die Gewinne der Grünen und die Verluste der SPD. Sonst blieb alles beim Alten.

So auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf: DIE LINKE erzielte wie 2016 6,6 % und 5 Sitze im Kreistag. Zwar gibt es im Kreis erneut eine Mehrheit für Rot-Rot-Grün, aber die SPD hält lieber der CDU die Treue.

In Kirchhain gibt es wegen der

Verluste der SPD keine Mehrheit mehr für die Zusammenarbeit mit der LINKEN, die trotz leichter Verluste wieder zwei Sitze (Reinhard Heck und Sigurd Meier) gewann.

In Wetter war die Situation für DIE LINKE schwierig, weil kurz vor der Wahl ihre beiden Stadtverordneten zur SPD übergetreten waren. Dennoch konnte sie wieder zwei Mandate gewinnen (Dr. Jürgen Scheele und Heidi Wollmer).

In Marburg war durch die Oberbürgermeisterwahl und den Antritt

der Klimaliste die Wahlbeteiligung von 45 auf 55 Prozent gestiegen. Der Kampf um den Spitzenplatz zwischen Thomas Spies (SPD), Nadine Bernshausen (Grüne) und Dirk Bamberger (CDU) dürfte vor allem Anhänger*innen ihrer Parteien mobilisiert haben.

Bei der Stadtverordnetenwahl verloren SPD, CDU und BfM, die die Magistratesmehrheit bildeten, drastisch. Das lag aber weniger an der Erstkandidatur der AfD (1,9 %). Gewinner waren die Grünen, die mit 26,1 % stärkste Liste wurden, und die Klimaliste mit 6,5 %. Die Marburger Linke hielt ihre Stimmenzahl, nahm aber von 13,8 auf 11,4 % ab und verlor einen von acht Sitzen. Die Zahl ihrer Mandate in den Ortsbeiräten stieg von 9 auf 12.

Bei der OB-Wahl übertraf nur Amtsinhaber Spies das Resultat seiner Partei deutlich. Alle aussichtslosen Kandidat*innen schnitten schlechter als ihre Listen ab. So erging es auch der Marburger Linken, die mit Renate Bastian ihr bisher zweitstärkstes OB-Ergebnis (6,3 %) erzielte. Bei der Stichwahl zwischen Spies und Bernshausen machte der OB mit einem Vorsprung von 0,4 % das Rennen.

Nico Biver



Foto: Nico Biver

▲ DIE LINKE und die Wahlkreiskreisbüros ihrer Abgeordneten sind in die Elisabethstraße 9 (2. Stock) gezogen. Die Vermieter des Postgebäudes hatten dem Gemeinschaftsbüro von DGB, ver.di und LINKEN gekündigt. Der DGB ist ins TTZ (SoftwareCenter 3) umgezogen.

Die Telefonnummern der LINKEN sind gleich geblieben. Eingang ist auf der rechten Hausseite.



Foto: Inge Sturm

▲ Der Kirchhainer Sigurd Meier wurde bei der Kreistagssitzung am 2. Juli zum Kreisbeigeordneten der LINKEN gewählt

Impressum

Paroli

Herausgeberinnen: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Renate Bastian (verantwortl.), Nico Biver, Alex Cramer, Inge Sturm, Dorian Tigges

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 19.7.2021

Wiesbadener Zwischenruf

UKGM jetzt entprivatisieren!

Der Verkauf des Universitätsklinikums Gießen-Marburg (UKGM) durch die CDU-Landesregierung 2006 bleibt ein großer Fehler. Aus dem „Leuchtturm“ wurde eine Pleiten-Pech-und-Pannen-Privatisierung mit einer rechts-widrigen Überleitung der Beschäftigten, Stellenabbauplänen und Überstundenbergen.

Die Verkaufsverträge mit der Rhön-AG enthielten eine Change-of-Control-Klausel. Bei einem Eigentümerwechsel hätte der Konzern dem Land das Uniklinikum zum Rückkauf anbieten müssen. Diese Klausel ist Ende 2019 ausgelaufen. Kurz danach übernahm der Krankenhauskonzern Asklepios das UKGM. Die Übernahme droht die Bedingungen für die Beschäftigten, die Patientenversorgung und für Forschung und Lehre noch weiter zu verschlechtern. Asklepios ist für Tarifflicht und Kündigungsversuche von Betriebsräten bekannt.

Nach Auslaufen der Klausel stellte sich die Frage, ob eine Entprivatisierung noch möglich ist. Ein Gutachten des renommierten Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Joachim Wieland im Auftrag von ver.di, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Linksfraktion zeigt, eine Rückführung per Gesetz auf der Grundlage von Art. 15 Grundgesetz ist sogar trotz Schuldenbremse möglich.

Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat erneut vor Augen geführt, dass Ökonomisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen ein gefährlicher Irrweg sind.

DIE LINKE arbeitet weiter an der Rückführung des UKGM in öffentliches Eigentum, gemeinsam mit Beschäftigten, Patient*innen und dem Aktionsbündnis „Gemeinsam für unser Klinikum“. Sie ruft dazu auf, die diesbezügliche Petition zu unterstützen:

www.openpetition.de/ukgm

Jan Schalauske



▲ Aktion vor dem Marburger Biontech-Werk im März mit dem damaligen LINKEN-Vorsitzenden Bernd Riexinger und Jan Schalauske

Impfpatente freigeben!

Marburg ist Gewinner der Corona-Krise. Das Werk von Biontech wird eine Milliarde Impfdosen im Jahr produzieren. Das sind Milliarden Euro Gewinn und Millionen Euro an Gewerbesteuern.

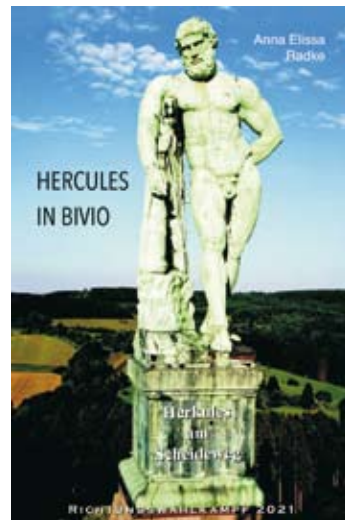
Auch global gibt es Gewinner und Verlierer. Bei der Verteilung der Impfstoffe ist jeder Industriestaat sich selbst der nächste. Dabei haben die Entwicklungsländer das Nachsehen. Hier müsste eigentlich zuerst geimpft werden, da Lockdowns für die ärmsten Teile der Bevölkerung Hunger und Obdachlosigkeit bedeuten.

Die G7-Staaten haben auf ihrem Gipfel erklärt, die Pandemie könne gestoppt werden, wenn zwei Drittel der Menschheit geimpft seien. Angesichts dessen ist die Zusage von 2 Mrd. Impfdosen für den Süden bis 2022 geradezu lächerlich. Das reicht nicht einmal für ein Zehntel der Bevölkerung.

Über 100 Entwicklungsländer fordern, dass die Patente freigegeben werden, damit es vielen Staaten und Firmen ermöglicht wird mehr (und billigere) Impfstoffe zu produzieren. Das stößt nicht nur auf den Widerstand der Hersteller, sondern auch auf den der EU, weil Deutschland seine schützende Hand über Biontech hält. Dabei hat es für die Entwicklung der Impfstoffe öffentliche Zuschüsse von mehreren Milliarden Euro gegeben. Aber angeblich würde durch die Freigabe der Patente der Forschungsdrang der Pharmaindustrie gehemmt.

Fragt sich nur, wie es sein kann, dass in Kuba – ohne das Gewinninteresse von Aktionären und trotz eines verschärften US-Wirtschaftsembargos – seit Jahren Vakzine entwickelt werden und jetzt zwei Corona-Impfstoffe vor der Zulassung stehen – die ersten Lateinamerikas.

Nico Biver



Was hätten die alten Römer zur Bundestagswahl gesagt? Anna E. Radke, die bekannte Flüchtlingshelferin aus Marburg, weiß es. In Gedichten bezieht sie unmissverständlich Stellung für Demokratie, gegen Hass und Fremdenfeindlichkeit – in Latein und deutscher Übersetzung. Vielen ist sie von Facebook bekannt. Nun erscheint ein aktueller Gedichtband. Die Rechten sollen zur Hölle fahren – das klingt auch in Latein.

Bestellungen: h.e.hessa@gmx.de
Preis: Spende an Cölber Arbeitskreis Flüchtlinge (CAF)

Abrüstung – was denn sonst?!

Gastbeitrag von Karin Schwalm, Sprecherin des Marburger Bündnisses „Nein zum Krieg“

Das Marburger Bündnis „Nein zum Krieg“ hat zu Beginn der bundesweiten Aktionswoche der Friedensbewegung (19.6. - 22.6.) am Augustinerbrunnen an den 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion erinnert. In diesem Vernichtungskrieg sind 27 Millionen Sowjetbürger, darunter 14 Millionen Zivilisten, zu Tode gekommen.

Wir haben uns ohne Wenn und Aber gegen die Anschaffung von Kampfdrohnen positioniert.

Marburg ist Mitglied im Internationalen Städtebund „Mayors for Peace“, der 1982 in Hiroshima gegründet wurde. Inzwischen gehören über 700 Kommunen allein in Deutschland diesem Bund an. Am 8. Juli war die Flagge dieses Bundes wieder auf unserem Rathaus zu sehen. Wir veranstalteten an diesem Tag eine Kundgebung auf dem Marktplatz zur Ächtung von Atomwaffen. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Atomwaffenvertragsvertrag zu unterzeichnen.

An den beiden Gedenktagen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August werden wir vor der Stadthalle eine Mahnwache abhalten.

Vorläufiger Höhepunkt unserer Friedensveranstaltungen ist auch in diesem Jahr unser Friedensforum am 29. August um 15.00 Uhr auf dem Lutherischen Pfarrhof. Welche prominente Hauptrednerin zu diesem Anlass gewonnen werden konnte, werden wir zu einem späteren Zeitpunkt bekannt geben. Sie dürfen gespannt sein.

Augenblicklich laufen die Planungen für eine weitere Großveranstaltung vor der Bundestagswahl. Wir melden uns rechtzeitig zurück.

Wir würden uns freuen, wenn Sie dabei sein mögen.

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Elisabethstr. 9, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de